

Erste Frankfurter Fachtagung zu Cannabis

17. November 2014

Cannabis – wir sprechen darüber: Miteinander, sachlich, kontrovers, offen

Schlusswort: Gesundheitsdezernentin Rosemarie Heilig

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein für mich sehr spannender Tag geht zu Ende. Ich habe heute über Cannabis, die Pflanze mit den vielen Gesichtern, viel gelernt und für mich als Gesundheitsdezernentin und Kommunalpolitikerin vor allem vier Erkenntnisse mitgenommen:

Erstens:

Wir Politikerinnen und Politiker dürfen nicht länger vor Fakten und gesellschaftlichen Realitäten die Augen verschließen. Wenn wir dem Cannabiskonsum wirksam begegnen wollen, dann bedarf es einer konsequenten und pragmatischen Fortführung des Frankfurter Weges - zu der die Prävention, die Beratung und die Therapie und auch die Repression gehören.

Allein auf Verbot und Repression zu setzen, hält kaum jemanden vom Konsum ab, kriminalisiert die Konsumenten, behindert Prävention und Jugendschutz, bindet Ressourcen bei Polizei und Justiz mit Bagatelldelikten und macht illegalen Drogenhandel weiterhin attraktiv und lukrativ.

Zweitens:

Es ist Zeit, den ideologischen Stellungskrieg hinter sich zu lassen und höchste Zeit für eine ideologiefreie, rationale und problemorientierte Überprüfung der aktuellen Cannabispolitik – vor Ort wie auf Bundesebene. Es kann nicht sein, dass bei der Anhörung im Bundestag zur Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes die geladenen Experten zu neunzig Prozent eine Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes fordern und die Bundesregierung diese Erkenntnisse einfach zu den Akten legt und sich damit der eigenen politischen Verantwortung entzieht. Damit werden wir weder der Problemstellung noch den Menschen in unserer Stadt gerecht.

Als Frankfurter Gesundheitsdezernentin unterstütze ich nachdrücklich die Forderung nach Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Veränderung des BtMG. In dieser Kommission müssen unbedingt, die Erfahrungen der Großstädte wie Frankfurt am Main einfließen.

Drittens:

Ich werde mich dafür einsetzen, andere Städte als Partner zu gewinnen und im Austausch mit ihnen und Experten die Möglichkeit eines Modellversuchs zur kontrollierten Abgabe von Cannabis zu überprüfen.

Mir schwebt vor, dass wir als Kommunen gemeinsam in einem offenen Prozess Kriterien entwickeln, über Zielgruppen sowie über die Art und Weise nachdenken, in denen die Vor- und Nachteile einer kontrollierten Abgabe sorgsam geprüft und bewertet werden. Wobei ich noch einmal ausdrücklich festhalten will: Es geht nicht um die Abschaffung der Repression gegen Drogenhandel. Es geht nicht um eine Bagatellisierung der mit Cannabiskonsum verbundenen Probleme. Es geht um die Entkriminalisierung der Konsumenten.

Viertens:

Ein weiteres Thema, für das ich mich einsetzen werde, ist die medizinische Anwendung von Cannabis. Ich kann mich nicht damit abfinden, dass schwer kranken Menschen, die austherapiert sind, der Anbau von Cannabis verweigert wird. Nachdem Patienten einen Erfolg vor dem Verwaltungsgericht Köln erstritten haben, ging das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte jetzt in Revision. Das ist in meinen Augen inhuman und irrational. Da werden Dogmen auf Kosten kranker Menschen verteidigt – das kann keine Gesundheitspolitik sein.

Meine Damen und Herren,

um diesen Weg gehen zu können, brauche ich, brauchen wir Partner aus allen Bereichen. Ich bin realistisch genug, dass es bei diesem komplexen Thema keine schnellen Lösungen geben kann und wird. Diese Veränderungen benötigen ihre Zeit. Uns steht ein langer Weg bevor, mit Auseinandersetzungen, Lernprozessen und vielen Fragen, die es abzuwägen gilt. Aber lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen – unseren Frankfurter Weg.